

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Ausgabe 1,40 Mark, vierteljährlich
4,20 Mark, durch die Post 4,05 Mark
anschließl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungswesen unter
Sonder-Zustellungsgebühren. Für an-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe "Zeitung" gestattet.
Druck der Schriftleitung Nr. 1146,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Ronto Leipzig Nr. 6609.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Ausgabe
wird 2. Ausgabe. 38 mm. Anzeigen-
preis ab. der Raum ist 30 Pf. a.
10⁰ Aufschlag berechnend und auf
Annahmestellen u. allen Anzeigen-
geschäften. Anzeigen der 78 mm
breite Seite 1 Mt. a. 10⁰ 1/2. Aufst.
Anzeigen-Annahmeschluss: v. m.
11 Uhr, für die Sonntags-Abt. ab 9.
Uhr. Abbestellungen, soweit mög-
lich, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Geschäftsstelle: Halle,
Rena Promenade 1a, Dr. Braun-
hausch. 17. Neben-Geschäftsstell.
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 441.

Halle, Freitag, den 20. September.

1918.

Weitere englische Teilangriffe gescheitert.

Hervorragende Erfolge deutscher Flieger in den letzten Tagen. — Italien und die Buriannote.

Der Großkampfstag des 18. September.

Dreimalige und viermalige Anstürme der Engländer gegen einzelne Teile der Kampffront. — Alle Kämpfe fanden vor der Siegfriedstellung statt.

WTB. Berlin, 19. Sept. (Drahtnachricht.) In der Cambrai-St. Quentin-Front wurde am 18. September den ganzen Tag über, fast den ganzen Morgen bis in die tiefe Nacht hinein erbittert gerungen. Nachdem Engländer und Franzosen seit dem 8. vergeblich versucht hatten, in starken Teilvorstößen sich eine gewisse Basis für den noch erzielbaren Durchbruch durch die Siegfriedstellung zu schaffen, ging doch am 18. vom Saarincourt-Walde bis an die Somme zum geschlossenen Angriff über.

Um 5.15 Uhr setzte auf der ganzen Front härtestes Feuer ein, das bis tief in das Hinterland reichte. Etwa nach einer Stunde gingen die Engländer auf der ganzen Front zum Angriff vor. Zahlreiche Tanks, welche die englischen und französischen Infanterie voran, während starke Geschwader von Schlachtflugzeugen tief herabstiegen, um durch Maschinengewehrfire und Bombenwürfe die deutsche Verteidigung zu erschüttern. Der geplante Durchbruch missglückte. An den Flügeln der Angriffsfront hielt sich Gouzeaucourt und Solnon. Gegen ersteres führten die Engländer dreimal an. Treasault hielt sich gegen viermal wiederholte

feindliche Angriffe. Im Zentrum gelang es den Engländern, die deutschen Stellungen zurückzubringen. Nach erbitterten Kämpfen blieben die Engländer im Besitz von Hainin und Hainin in der Hand der Engländer.

Um 8.30 Uhr nachmittags führten die Engländer nach abermals erfolgloser Artillerievorbereitung von neuem alle Versuche, über Somme hinaus vorzudringen, wieder an dem Waldschlammwäldchen, das ihren Sturmwellen aus den Dorfschlammern des jäh nordwärtsigen Dampes entgegenstand. Südlich davon versuchten ihre Angriffe im deutschen Gegenstand.

Um 9 Uhr brach ein neuer schwerer Angriff auf Bricres-Guislain blutig zusammen. Im Abschnitt St. Quentin blieben alle Anstrengungen der Franzosen, Boden zu gewinnen, erfolglos. Ihre Versuche, den Angriffsvorstoß südlich der Somme zu verdrängen, unterband das zusammenfassende deutsche Feuer.

Die gesamten Kämpfe spielten sich im Gelände vor der deutschen Siegfriedstellung ab, trotz großer Anstrengungen und rückwärtigen Menschen- und Materialverlustes des Gegners.

Verlustreiche Fliegerangriffe auf deutsches Heimatgebiet.

Die Johanneskirche in Mainz bei einem feindlichen Fliegerangriff schwer beschädigt. — Die Zahl der Toten und Verletzten. — Neun feindliche Flugzeuge abgeschossen.

WTB. Berlin, 19. Sept. (Drahtnachricht.) Am 18. unsere Gegner benutzten die günstige Witterung der letzten Tage und richteten zu zahlreichen Angriffen auf das deutsche Heimatgebiet. Städte am Rhein, in Baden und Lothringen und deren Umgebung waren das Ziel der feindlichen Bombenwürfe. Auch diesmal blieb der Erfolg trotz hohen Einsatzes an Flugzeugen weit hinter ihren Erwartungen zurück.

Im Kriegesprogramm. Den vorläufigen Krieg gegen die Luftkämpfer, lehnen sie in die Tat um. Ihre Bomben waren fast ausschließlich gegen die friedliche Bevölkerung und gegen bürgerliches Eigentum gerichtet. Auch die jüngst in ihrer Presse veröffentlichte Drohung, Kirchen und öffentliche Gebäude nicht zu schonen, machten sie wahr.

In Mainz warfen sie Bomben auf die Johanneskirche und beschädigten sie schwer. Der Schaden

an Privathäusern in den offenen Städten war gering. In Stuttgart wurden 11 Personen getötet, darunter 6 Frauen und 4 Kinder. Unter den zehn Verletzten befanden sich drei Frauen und vier Kinder. Sonst wurden von 15. bis 17. nur 2 Personen schwer und 11 leicht verletzt.

Ihre vollerechtswidrigen Vergehen büßten unsere Gegner mit schweren Verlusten. Aus dem am 16. September vom Fliegerangriff auf Mannheim zurückbleibenden feindlichen Geschwadern wurden beim Rückflug an der Front von unseren Jagdfliegern drei Flugzeuge abgeschossen. Im lothringisch-luxemburgischen Industriegebiet und im Saargebiet wurden in der darauf folgenden Nacht durch die Maßnahmen des Heimatluftschutzes sechs weitere feindliche Flugzeuge zum Absturz gebracht. Der Feind büßte also nach den bisherigen Feststellungen bei diesen Angriffen innerhalb 36 Stunden insgesamt 9 Flugzeuge ein.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 19. September, abends. (Amfisch.) Auf der gestrigen Schlachtfront zwischen dem Walde von Saarincourt und der Somme befehlte sich der Engländer auf heftige Teilangriffe, die überall abgewiesen wurden.

Wiener Bericht.

WTB. Wien, 19. September. Amfisch wird verkauft:

In den sieben Gemeinden anhaltend lebhafter Feuerkampf. Zwischen Viena und Blava stellte der Feind noch schweren Mißerfolgen der Vortage seine Angriffe ein. Unter den brauen Truppen, die in ihren letzten Kämpfen von ihrer Artillerie heftig unterstützt, den immer wieder vordringenden Feind heftig abgewehrt haben, verdienen die ungarischen Infanterie-Regimenter Nr. 39 u. 105 besondere Anerkennung. Bei Somboda wurde ein nachdrücklicher Übergangsvorstoß durch unser Feuer abgewiesen.

Der Chef des Generalstabs.

Frankreichs Kammermehrheit soll entscheiden.

Paris 19. September. (Privattelegramm.) Schwere-liche Kämpfe sollen sich aus Paris melden: Einigen den Wünschen der großen Pariser Zeitungen will die Regierung ihre Haltung gegenüber der österreichischen Note von der Stellungnahme der Kammermehrheit abhängig machen. Der Anschlag der Kammer für Auswärtiges tritt Sonntag zusammen.

Zu viel Antworten!

Genf, 19. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Der Abn. Senat veröffentlicht in der "Humanität" einen Artikel über der Ueberreichung "Zu viel Antworten", worin es heißt: Cle-

menceau hat gesprochen, Banning hat gesprochen, Balfour hat gesprochen, aber die Entente hat nicht gesagt. Wenn die Schwere die angehängte Note übermitteln haben wird, werden wir verlangen, daß die Entente ihrerseits spricht, und daß die Antwort der Entente von ihr überlegt wird.

Branting gegen Burianns Note.

Stockholm, 19. Sept. (Priv.-Tel.) Brantings Haltung gegenüber der österreichischen Note ist große Enttäuschung hervor. Im Gegensatz zur Mehrheit der Sozialdemokraten hat Branting in langen Kritiken für die Ablehnung der Note durch die Entente Stimmung gemacht. Für ihn ist der österreichische Vorschlag ein Versuch, die geheime Diplomatie wieder zu Ehren zu bringen. Er stellt den ehrlichen Friedenswillen der Staatsmänner der Mittelmächte in Frage und fordert, daß die Mittelmächte sich erst demokratisieren, wenn sie Frieden haben wollen. Die Verurteilung wird in der schwedischen Presse äußerst scharf kritisiert. "Aga Dagligt Allehanda" nennt Branting einen schwedischen Agenten der Entente. "Stockholms Dagbladet" wendet sich scharf gegen die Feindschaft in der sozialdemokratischen Partei, die sich alles von Branting gefallen lasse.

Die Ueberreichung der Note in Paris.

WTB. Paris, 19. September. (Drahtnachricht.) Der schweizerische Gesandte Dumann hat der französischen Regierung am Mittwoch die Note der Wiener Regierung überreicht.

Deem von den Tschecho-Slowaken genommen.

Paris, 19. September. (Privattelegramm.) Die Hasas aus Blawinkel meldet, wird die Einnahme von Deem durch die Tschecho-Slowaken gemeldet.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Wo bleiben die Beschlüsse?

Mehrere Wochen unterhält man sich in der Verfassungskommission des Herrenhauses jetzt bereits mit der Frage der Reform des preussischen Wahlrechts, ohne daß die Angelegenheit noch viel kommt. Und doch hatte der Reichstagsrat, Graf Hertling, am 4. September in der ersten Sitzung des Verfassungsausschusses u. a. erklärt: "Nach meiner ehrlichen Ueberzeugung handelt es sich in dieser schwereren Frage um den Schutz und die Erhaltung von Krone und Dynastie." Welchen Eindruck diese Worte beim Herrenhaus gemacht haben, zeigte zur Genüge der Verlauf der letzten Wochen. Man verhandelte hinter verschlossenen Türen und sah alles, was in dieser Frage, deren Bedeutung der Kanzler mit so eindringlichen Worten geschildert hatte, gesprochen wurde, als Privatangelegenheit, für die unmöglich ein Bürger im preussischen Staate Interesse haben könnte. Vom ersten Sitzungstage an erschienen die Ausschussberatungen demotiviert, "offizielle" Berichte, die man fast von einer Verhöhnung des Volkes sprechen möchte. Nur so viel wurde klar, daß man in jener Untertafel nicht viel Worte gebraucht, so viel, daß man zu Taten nicht kommen konnte. Keine Silbe fand sich jemals in einem der offiziellen Berichte darüber, daß ein Mitglied der Kommission bei dem Paragrafen, der die Art des Wahlrechtes regelt, die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragt hätte. Noch heute weiß man trotz vieler Mutmaßungen und Kombinationen nichts darüber. Desto tätiger zeigte man sich auf der Gegenseite, also bei der Reaktion. Obwohl unsere auswärtige Lage größte Gefährdung erfordert, obwohl es im Interesse des ganzen Vaterlandes liegt, wenn im Innern die Reichstagsarbeiten nach Möglichkeit verringert werden, suchte die Herrenhaus-Reaktion das von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses beschlossene Wahlrecht noch zu verfeinern. Dies hat man, jener wenig originelle Antrag nach einem berufsmäßigen Wahlrecht, der besseren Wählern Ehre machen konnte, nicht aber geborenen Gelehrten.

In sechs Gruppen sollte die Bevölkerung Preußens danach eingeteilt werden, nicht nur in drei wie unter dem geltenden Wahlrecht. Nach dem im statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich zu findenden Zahlen ist berechnet worden, daß in Gruppe I (selbständige Landwirte) ein Mandat auf 12 295 Personen, in Gruppe II (Nichtselbständige der Landwirtschaft) auf 110 530 Personen, in Gruppe III (Selbständige in Industrie und Handwerk) auf 12 191 Personen, in Gruppe IV (Selbständige in Handel und Verkehr) auf 12 048 Personen, in Gruppe V (Arbeiter und Angestellte in Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr) auf 72 014 Personen und in Gruppe VI (Beamte und freie Berufe) auf 18 604 Personen. Ein Grundbesitzer sollte somit nach dem Willen der konservativen Antragsteller der Herrenhaus-Kommission ein zehnmal härteres Wahlrecht als ein Landarbeiter, ein sechsmal härteres als ein Industriearbeiter und ein um die Hälfte härteres als ein Beamter oder ein Angehöriger eines freien Berufes haben. Ein Arbeitgeber in der Industrie sollte ein sechsmal härteres Wahlrecht erhalten als ein Arbeitnehmer. Vielleicht betamen die konservativen Herren dann doch Angst vor der eigenen Courage, denn über das Schicksal dieses famosen Antrages verlaßt uns nichts mehr. Die Beschlußfassung über den Antrag wie über den entsprechenden Paragraphen wurde ausgesetzt und das Volk mußte weiter der Dinge harren, die da kommen sollen.

Anzuwenden ist die Vorlage über die Reform des preussischen Wahlrechtes in der Kommission zu Ende beraten, aber die Beschlüsse fehlen! Am Mittwoch ist die Einzelberatung des § 2 der Abgeordnetenhäuser-Vorlage einer Unterkommission von fünf Mitgliedern überwiesen worden, während die Einzelberatung der Herrenhaus-Vorlage von einer Unterkommission von acht Mitgliedern durchgeführt werden soll. Keine Beschlüsse! Wir erinnern hier an die Worte des Abgeordneten v. Papier in seiner Stuttgarter Rede. Er sagte damals in bezug auf die Arbeit des Herrenhauses beifolgend: "Geht nicht aus der Kommission des Herrenhauses das gleiche Wahlrecht hervor, wird die Regierung auflösen." Aus diesen Worten ging die Bedeutung der Beschlüsse der Kommission hervor, wenn sich auch der selbstverachtende Ministerpräsident nachträglich um eine Umwandlung der Vorlagen des Abgeordnetenhauses bemühte. Was tut die Kommission? Sie kommt überhaupt zu keinen Beschlüssen. Aber läßt die entscheidende Arbeit vielmehr der Unterkommission, und Volk und Regierung können weiter warten.

Und wie sieht es mit der künftigen Gestaltung des Herrenhauses aus? „Herr, dunkel ist der Nebel Sinn“, muß man sagen in bezug auf den amtlichen Bericht über die Kom-

missionskong, die sich mit dieser Vorlage beschäftigte. So tritt scheint aus dem wenige Zeilen umfassenden Bericht hervorzugehen, daß die Herrenhaus-Mitglieder sich auch hier nicht mit der Arbeit des Abgeordnetenhauses befreunden können. Nach der Vorlage der Regierung sah das Abgeordnetenhause, wenn auch mit erheblichen Änderungen, eine betragsmäßige Zusammenziehung des Herrenhauses vor. Das sagt der Herren Rat offenbar nicht zu und deshalb wurde die Forderung ausgesprochen, daß man an das historisch Gewordene anknüpfen müsse. Zu einem politischen Antrage, der Klarheit über die Art dieses „historisch Gewordenen“ hätte bringen können, ist es leider nicht gekommen. Auch hiermit hat sich der Unterausschuß zu beschäftigen. Nach den Erfahrungen, aber, die wir bei dem § 2 der Abgeordnetenhause-Vorlage machen mußten, kann man sich dunkel vorstellen, was das Herrenhaus schließlich als historisch geworden ansehen wird.

So hat die Kommission, die sich jetzt bis zum 25. Septbr. vertagt hat, auch in den letzten Tagen bemerkt, daß diejenigen recht hatten, die von vornherein der Meinung waren, daß bei den Beratungen des Herrenhauses keine erspriechliche und zweckdienliche Arbeit geleistet werde. Die Verschleppung der Entscheidung in dieser Frage wird schließlich niemand als erspriechlich ansehen wollen. Für die Regierung ist damit nichts gewonnen. Sie wird in Kürze doch vor die Frage gestellt werden, ob sie den mehrfachen Anfrüchungen die Zeit der Auflösung folgen lassen will. Inzwischen aber vermindert sie durch ihr geduldiges Zuwarten weiter die geringen Sympathien, die sie besitzt. C. H.

Herrenhaus und Wahlrecht.

In der „Vollst.“ lesen wir: „Entgegen den häufigen Klagen über die Verschleppungspolitik des Herrenhauses wird uns von unterster Seite berichtet, daß die Einziehung von Unteranträgen Ende zu bringen. Es besteht die Absicht, nicht nur am Mittags und nachmittags Sitzungen abzuhalten, sondern auch am Sonntag weiter zu beraten.“

Unter diesen Umständen hofft man, nicht nur die Grundlagen für die Beschlußfassung über die Unteranträge zugewonnen zu haben — § 2 der Abgeordnetenhausevorlage und die Herrenhausvorlage —, sondern auch über die entscheidende Frage des Wahlrechts bis zum kommenden Mittwochs festzustellen.

Danach würde zu erwarten, daß in kürzester Frist die Entscheidung im Plenum erfolgen könnte.“

Das klingt sehr schön. Uns fällt dabei aber ein, daß wir derartige Versicherungen schon zu oft zu hören bekommen.

Auch Italien lehnt ab!

Jede Eröffnung von Verhandlungen ist unmöglich. — Italien hält seine alten Ansprüche aufrecht.

WTB. Rom, 19. September. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Note: Was jetzt hatte die italienische Regierung von der österreichischen Friedensnote nur Kenntnis aus den Veröffentlichungen der Telegraphen-Agentur. Wenn indessen der vom Wiener Korrespondenz-Bureau veröffentlichte Text genau ist, so muß die italienische Regierung bezweifeln, daß der österreichische Vorschlag darauf abzielt, einen Vertrag zu schließen, ohne irgend welche größere Unterlage und ohne die Wichtigkeit eines tatsächlichen Erfolges. Die neuerliche Erklärung der österreichisch-ungarischen und deutschen Staatsmänner, die jedwede Zugeständnis an die schließlichen und die Beträge von Kriegskosten und Zinsen als endgültig festzusetzen, machen jede zweckdienliche Eröffnung von Verhandlungen unmöglich. Die Entente und die Vereinigten Staaten haben ihre lebhaften Bereitwilligkeit zu einem gerechten Frieden ohne erkennen lassen und gleichzeitig auch die wesentlichen Grundlagen, auf denen dieser

Friede aufgebaut sein muß. Ueber diese Punkte sagt die österreichische Note nicht ein Wort, besonders auch darüber nicht, was sich auf die unmittelbaren italienischen Ansprüche bezieht. Diese sind der österreichischen Regierung wohl bekannt, ebenso wie sie von den Alliierten anerkannt werden. Es schließen in sich die Erfüllung der österreichischen Einheit durch Freigabe jener italienischen Besitztümer ein, die bis jetzt unter Österreich standen, sowie die Berücksichtigung der Bestimmungen der 17. Artikel des Friedensvertrages. In dem ungenügendem Maße, in dem die österreichische Regierung nicht bereit ist, diese besonderen Ziele anzuerkennen, wird Italien nicht von dem Kampfe ablassen, um die Menschheit zu einer besseren geordneten Grundlage zu führen durch einen dauerhaften Frieden, der auf Freiheit und Gerechtigkeit beruht ist.

Die Burian-Note in Stambul.

Konstantinopel, 18. Sept. Der österreichisch-ungarische Gesandte Legationsträger von Kistfi übergab gestern die Note des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußeren Grafen Burian dem Minister des Aeußeren der untern Türkei darauf in einem Audienz dem Sultan hieron Mitteilung machte. Später trat der Minister für die Verbreitung der Note zusammen.

Wie verlautet, wird die Antwort nach dem Beiratsfest, das morgen beginnt, erteilt werden. Bereits heute aber kann festgestellt werden, daß die Note in Regierungskreisen einen günstigen Eindruck gemacht hat. Man würdigt den Schritt, der nicht herabsehen könne, auf die Regierung und die Wähler der Entente Eindruck zu machen. Selbst wenn sich die Regierung ablehnen verweigern sollten, würde die Friedenschimmung, wie man hier glaubt, beträchtlich verfrüht werden. Die Aufnahme der Note durch die Presse ist gleichfalls günstig; einzelne Blätter begreifen aber ihren Erfolg.

Das Zentrum für eine weitere Parlamentarisierung.

Das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, nimmt zur Frage einer weiteren Parlamentarisierung des „Kabinetts“ Stellung. Die Strömungen in der inneren Politik hängen selbstverständlich nur nicht geringen Teil mit den Friedensbestrebungen und Friedensfragen zusammen. Die Mehrheitsparteien des Reichstages wollen die durch ihre vorjährige Friedensresolution eingezeichnete Bahn weiter verfolgen und streben solche Reformen an, die dem Volk beschleunigend seinen Vertretern einen größeren Einfluß auf den Gang der Außenpolitik sichern und Empfehlungen und Richtlinien von ihr herausgeben sollen. Gegen die weitere Parlamentarisierung ist nachdrücklich nichts einzumenden, da im Verlauf dieses Krieges wohl fast alles überzogen wurde, daß das Volk ein besserer Führer dieses Krieges und der Verträge ist als die Geheimdiplomatie, und daß das Volk, das stufen muß, auf die wichtigsten Entscheidungen des Staates berechtigten Anspruch erheben kann. Aber die Beispiele der parlamentarisch regierten Länder mahnen bei dieser Umgestaltung zu größter Vorsicht und auch zur Wahrung deutscher Eigenart. Wenn auch die Mehrheitsparteien nicht in allen Dingen derselben Ansicht wie Graf Hertling sind, so wäre es doch verfrüht, es nicht leicht zu veranlassen, eine Krisis heraufzubekommen; an großen Staatsmännern haben wir wohlrich keinen Ueberflus. Auch unter dem jetzigen Reichstag würde sich eine weitere Parlamentarisierung wohl durchziehen lassen. Die Bewältigung unserer Politik durch die finanzielle Königfrage ist gewiß nicht nach unserem Geschmack, und wenn nun einmal ein deutscher Führer in der Distanz sich eine Krone aufsetzen will, so ist es nicht unser Willen, daß er auf eigene Rechnung und Gefahr tut. Ueber Belgien würde schon die Formel sich finden lassen, die den Wünschen der Mehrheitsparteien entspricht und auch von der Reichsregierung angenommen werden kann. Das Problem, das unter Hertling am schwierigsten zu lösen ist, bleibt immer noch das esch-lachtrugliche.“

Eine Erklärung der Fortschrittlichen Volkspartei.

In der partei-offiziösen „Liberalen Korrespondenz“ erklärt die Fortschrittliche Volkspartei zu den stehenden Verhandlungen über den Eintritt der Nationalliberalen in den interaktionellen Ausschuß der Mehrheitsparteien des Reichstages u. a.:

„Tatsächlich sind von nationalliberaler Seite Anknüpfungen mit den Mehrheitsparteien wegen der Teilnahme an den interaktionellen Konferenzen von Vertretern der Reichstagsmehrheit gesucht worden. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen. Das Dreieck der Konferenzen dürfte eher geeignet sein, sie zu fördern als zu erschweren. Selbstverständlich werden die Mehrheitsparteien auf dem Boden ihrer politischen Beharren. Um so mehr, als die politische Entwicklung während des letzten Jahres dieser Politik recht gegeben hat, nur ihnen zuliebe die Friedensresolution von den Mehrheitsparteien gerade jetzt vorgelegt wird. Die Mehrheitsparteien haben sich in den interaktionellen Konferenzen ein festes Organ geschaffen, das sich in Zukunft gut bewähren und als Mittel der Verständigung zwischen den Mehrheitsparteien selbst wie mit der Regierung. Durch den interaktionellen Ausschuß haben sich die Mehrheitsparteien im vorigen Herbst beim Amtsantritt des Grafen Hertling mit diesem über ein bestimmtes Programm geeinigt. Auch dieses Programm werden die Mehrheitsparteien nicht jetzt plötzlich aufgeben wollen und können. Durch einen Eintritt der Nationalliberalen werden sie die Grundlagen ihrer Politik nicht verlassen lassen. Im übrigen muß daran erinnert werden, daß die Nationalliberalen im vorigen Jahr an den Vorkerhandlungen über die Friedensresolution teilgenommen haben. Nach diesen Vorverhandlungen wirkte die Ablehnung der Resolution durch die nationalliberale Fraktion als Ueberfraktion, besonders weil die Erklärung, die am 19. Juli 1917 seitens der nationalliberalen Reichstagsfraktion abgegeben wurde, gar nicht so sehr wesentlich von dem Inhalt der Friedensresolution der Mehrheitsparteien abwich und sich auch zu einem Frieden bekannte, der durch einen Ausgleich der Interessen eine dauernde Verlobung der Wähler ermöglicht.“ Wenn die Nationalliberalen also den ersten Willen zum Anschluß an die Mehrheitsparteien haben, dürfte er ihnen nicht schwer werden. Schwierigkeiten werden ihnen weniger die Mehrheitsparteien als deren Gegner bereiten.“

Der Verteilungsplan unserer Entente.

Köln, 18. Septbr. Das Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes Stegerwald hat bei den einzelnen Reichsämtern genaueres Material über den Verteilungsplan unserer Entente eingeholt, worüber die „Köln. Volksztg.“ Einzelheiten veröffentlicht. Danach liefert das Brotgetreide (Es kann deshalb ab 1. Oktober die Mehlmenge hinausgehen und nahezu 4 Pfund wünschenswert verhöflicht werden. Die Kartoffelernte ist zwar noch nicht überflüssig, doch dürfte eine größere Nachmenge als bisher an die Kommunalverbände abgegeben werden. Die Viehfleischerzeugung bleibt weiteren Einschränkungen unterworfen. Die Fetteinnahme braucht nicht herabgesetzt zu werden. Die Gemüseeinnahme ist überaus reichlich. Bei diesen Angaben sind die Zufuhren aus der Ukraine außer Anschlag geblieben.

Depechenwechsel zwischen dem Hetman und Kaiser Wilhelm.

WTB. Berlin, 19. September. Der Hetman aller Ukrainen Storobzki ist von seinem Besuche in Deutschland wieder nach der Ukraine zurückgekehrt und in Kiew eingetroffen. Von der Reise landete er folgendes Telegramm an den Kaiser:

„In dem Augenblick, in dem ich Deutschland verließ, dankte ich Sie herzlich, meinen herzlichsten Dank auszusprechen für den gütlichen und herzlichen Empfang. Die großen und schönen Entwürfe, die ich gemonnen habe, werden mir unerschöpflich bleiben. Es haben mich aufs neue in der Ueberzeugung bestärkt, daß mit Hilfe des mächtigen Deutschen Reiches die russische Ukraine zu einem arbeitsamen und starken Staate sich entwickeln wird aus der Hand der Wälder. (ges.) Pawlo Storobzki, Hetman aller Ukrainer.“

„Ich kämpfe nicht nur darum, sondern auch für Sie! Für Ihr geistiges Leben, Ihre Selbstachtung, Ihre zukünftige Ruhe, weil Sie selbst zu schwach sind dazu.“

Jorn, Scham und eine wahnsinnige Angst schnürten ihr die Kehle zusammen. Stumm rief sie ihr Pferd herum und wollte ohne Gruß davon. „Vergeffen Sie nicht, daß ich in acht Tagen Ihre Entscheidung erwarte!“ rief er ihr nach.

„Sie hielt noch einmal an und wandte den Kopf. „Und vergeffen auch Sie nicht, daß diese Entscheidung bereits getroffen ist! Und daß, wenn Sie sich wirklich zu einem Gemächlichkeit entschließen würden, der mich um mein Ziel betrügt, Sie Graf Sandorfeld doch vorher niederstrecken würde mit einem kalten Hund!“

Er hand noch auf derselben Stelle und seine brennender, unerschütterlichen Augen ruhten noch immer auf ihr. Aber in seine harten Züge war plötzlich ein Ausdruck milden Wehs getreten, während er langsam sprach: „Und glauben Sie, daß mich dieser Gedanke stört? Vielleicht würde ich ihm dafür danken auf den Knien danken, denn es wäre ... Erlösung!“

Wie ein Schuß mitten ins Herz war ihr der jammervolle Ton gedrungen. Und soch doch darin und machte es bluten und betäubte selbst Angst und Jorn.

Und eine Stimme sagte ganz deutlich in ihr: Das hast du aus ihm gemacht! Und belogen hast du ihn und dich selbst, als du dir einredetest, er sei dir gleichgültig.

Kein Mann hat dich je verstanden und geliebt wie er, teurer meine Gedanken so viel beschäftigt, dein Herz so unruhig schlagen gemacht. Und noch ist es Zeit ...

Was? Was? Sie rief während er sprach: „Mein, ich will nicht! Ich will nicht!“ rief sie laut in die Stille des verdunkelten Gemachs hinein. „Den Weg will ich gehen, den mein Wille sich gewöhnt, und mein Ziel erreichen.“

Allmählich wurde sie ruhiger. Ja, und es mühte doch einen Ausweg geben aus der schrecklichen Lage, in die sie geraten war! Ein Mittel, diesen häßlichen Menschen zu beschwichtigen ...

Sie dachte lange nach, aber so fiel ihr nichts ein. In dessen — acht Tage waren eine lange Frist. Da würde die wohl ein guter Gedanken kommen.

Wenn nur Modesta ihr heute nicht in den Weg gelaufen wäre! Was sollte sie sagen, wenn die sie fragte, warum sie nicht in Frieden gehen war?

„Ach — hatte denn Modesta überhaupt ein Recht, sich um ihre Angelegenheiten zu kümmern? Sie sollte es nur versuchen, die alberne Kleine. Der wollte sie dann gleich gründlich Bescheid sagen ... ein für allemal.“

XX.

Aber Modesta fragte nach nichts. Nur ihre großen, traurigen Aenderungen verfolgten schon die Schwärzer, und in ihrem Gehirnen lag etwas verflochten Beobachtungen.

Seit Magnus fort war, blieb sie vielmehr daheim in Kettengang. Der Saal drüben würde renoviert, und das viele Spazierengehen habe sie ein wenig müde gemacht, sagte sie.

Aber Ewelyn, die sie so unerwartet bald da, bald dort auf ihren Wegen traf, dachte:

„Mich täuscht sie nicht. Sie hat Bedacht und spioniert mir nach. Was sie doch.“

Was ob Ewelyn nicht andere, schwerere Sorgen gehabt hätte!

Denn der von Gottorb gestellte Termin rückte immer näher. Und wie unbesagen fröhlich sie sich nach außen hin gab — innerlich war ihr gar nicht gut zumute.

Wenn Gottorb seine Drohung wahr machte und sich an Magnus wandte, dann war alles aus, darüber gab es keinen Zweifel.

Ja, wenn er sie noch geliebt hätte wie ehemals, vielleicht — aber Ewelyn fühlte ja ganz genau, daß er erlaltet war, daß ihn vielleicht sogar nichts mehr an sie band als sein Wort und der Glaube, geliebt zu werden.

Nein, dahin dürfte es also nicht kommen. Aber wie es verhiendern?

Sie grübelte Tag und Nacht darüber, und endlich fiel ihr auch ein Ausweg ein.

Ja, so könnte es vielleicht gehen. Sie wollte Gottorb schreiben und ihm bei allem, was es gab, schwören, daß sie Magnus liebe und sein Verzicht ihr das Herz brechen würde.

Es kam nur darauf an, daß sie ihren Worten überzeugende Kraft zu geben verstand. Aber das würde ihr ja wohl gelingen. Sie war immer eine Meisterin des Stillschweigens. Und was sie Auge in Auge mit ihm nie über die Lippen gebracht hätte, das würde zu schreiben selbst sein ... (Fortsetzung folgt.)

Das Glück der andern.

Original-Roman von Erich Ebenstein.

42. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Auch wenn ich Ihnen schwöre, daß ich ohne Sie nicht leben kann?“

„Auch dann!“

„Gut!“ Und plötzlich hatte er sich hoch und drohend aufgerichtet, „dann hören Sie auch meinen Entschluß: Der Liebe wäre ich gewidmet, der herzlichen Entsetzt eines Weibes würde ich nicht! Sie sollen mir mein Leben nicht zerstören durch eine Laune, die Sie später selbst bereuen müßten, weil sie Sie elend machen würde. Ich gebe Ihnen noch acht Tage Frist, zur Bestimmung zu kommen und Ihre Verlobung freiwillig zu lösen. Tun Sie es nicht, dann nehme ich die Sache selbst in die Hand.“

Ewelyn schloß noch jetzt in der Erinnerung, wie ihr das Blut zum Herzen gedrungen war.

„Was wollen Sie tun?“ hatte sie dann nach einer bestimmten Pause gemurmelt. Und er hatte sie immer noch mit seinen brennenden unerschütterlichen Augen angefixiert.

„Sie zwingen, abzulassen von Ihrer Selbstverleumdung. Sie zwingen zu Ihrem Glück. Hingehen und Ihrem Brautigam einfach sagen, wie die Dinge liegen: daß Sie ihn nicht lieben.“ Das ist ihre Züge.“

„Nein! Denn ich habe Rechte, die von der Natur selbst gegeben sind, wenn Ihr Wille sie auch nicht überhört.“

„Magnus wird Ihnen nie glauben, wenn ich ihm schwöre, daß ...“

„Alles Lüge ist! Möglich, aber das wird an den Dingen dann nichts ändern. Für ihn, den peinigenden Willkür, wird es vollaus genügen, daß Sie unsere Beziehungen bisher ihm gegenüber totalgleichgültig und doch — heimliche Zusammenkünfte mit mir hatten!“

„Da konnte sie nicht anders — sie schrie laut auf! Und dann ein atemloses entsetztes Stammeln: „So — so — gemein könnten — Sie sein.“

Er nicht ruhig, ohne den Blick von ihr zu wenden. „Ich habe meine besonderen Ansichten über Gemeinheit. Wenn einer um sein Leben kämpft, sind alle Mittel erlaubt. Und

Der Kaiser antwortete hierauf: „Euer Durchsicht dankt ich bestens für das freundliche Telegramm von gestern. Es gereicht mir zu großer Freude, daß Euer Durchsicht die beiderseitigen Eintritte mit einander und insbesondere die persönliche Freundschaft, die zwischen uns besteht, zu befestigen und zu vertiefen wünscht. Ich werde mich bemühen, die zwischen uns bestehenden Beziehungen zu dem maßgebenden Persönlichkeiten im Deutschen Reich zu fördern und durch die weitere Zusammenarbeit wesentlich zu erleichtern. Wladimir I. R.“

Feindliche Bekleidung von Meß.

WTB. Weh, 19. September. Die hiesigen Zeitungen bringen eine amtliche Mitteilung, in der es heißt: Seit mehreren Tagen bekämpft der Feind Meß aus einem weittragenden Geschütz. Diese Bekleidung ist alle die Jahre hindurch, die der Krieg schon dauert, stets möglich gewesen und wurde schon lange erwartet. Die modernen Geschütze haben eine weit größere Tragweite, als etwa die der Entfernung von südlich von Mont-Auxois nach Meß. Die jetzige Bekleidung hängt also keineswegs damit zusammen, daß der Feind nach unserer Räumung des St. Mihiel-Bogens der Stadt näher gekommen ist. Sie ist nur eine Begleiterscheinung der jetzigen Kämpfe westlich und südwestlich Meß und wird bald aufhören, wenn diese sich erst festgelagert haben. Daher sind auch vom Gouvernement keinerlei Anordnungen in den Bestimmungen über die Heim- und Ausreise aus dem Gouvernementsbereich erlassen worden.

Die Kämpfe der Türken.

WTB. Konstantinopel, 18. September. Tagesbericht. **Palästinafront:** Anhaltend gesteigerte Gefechtsaktivität an der ganzen Front. Im Küstengebiet schickte feindliche schwere Artillerie unsere Batterien mit Fliegerbeobachtung ohne Erfolg. Durch unser Abschweifen wurde ein feindliches Flugzeug zwischen den beiderseitigen Armeen zur Landung gezwungen. **Syrienfront:** Feindliche Fernartillerie und rege Fliegeraktivität an der Straße Jerusalem-Nabulus. Feindliche Aufklärungsformationen wurden dort von uns abgewiesen. Auf dem Ost-Jordanufer beiderseitige Artillerie und stark Patrouillieraktivität an der Straße Jericho-Tell Armin. Im Gebirge griffen am 14. 9. zahlreiche Hebeln unsere Batterien nördlich Medina an. Mit herbeigekommenen Verstärkungen gelang es, die Angreifer in die Flucht zu schlagen. In den übrigen Fronten nichts von Belang.

Vergebliche feindliche Vorstöße in Mazedonien.

WTB. Sofia, 18. September. **Seeresbericht vom 17. September.** Mazedonische Front: In der Gegend von Kila und an mehreren Stellen am Cetina war die Feueraktivität auf beiden Seiten zeitweilig ziemlich heftig. Deutlich war Cetina zwischen uns und feindliche schwere feindliche Angriffe gegen unsere Stellung bei dem Dorf Beskic und auf dem Hügel des Traber jütia. In der Mazedonien-Gegend griffen feindliche Einheiten unsere vorgeschobenen Stellungen bei dem Dorf Borstosa an, wurden aber nach Nachdruck vertrieben und liegen Gefangene in unserer Hand, darunter zwei Offiziere. Auf beiden Seiten des Cetina wurden starke englische Angriffs-Abteilungen gezeitet. Südlich und westlich von Cetina dauerte das beiderseitige heftige Artilleriefeuer an.

Vom internationalen Arbeiter-Kongress.

Eine Antwort an die deutschen Mehrheitssozialisten. WTB. Bukow, 19. September. Die Internationale Arbeiter-Konferenz beschloß eine Reiter-Mitteilung folgenden Inhalts über die Antwort der Sozialisten der Welt: „Die internationale Arbeiter-Konferenz in London vom Februar. Der Bericht drückt die richtige Auffassung mit den Antworten der österreichischen, ungarischen und deutschen Sozialisten aus und erklärt, daß die Antwort der deutschen Sozialisten der Mehrheit ein Hindernis für die Abhaltung einer internationalen Konferenz darstelle. Der Bericht wurde an eine Kommission verwiesen. Der Bericht empfiehlt, den deutschen Mehrheitssozialisten eine ausführliche Antwort und den Sozialisten der übrigen Länder Antworten zu geben, in denen sie dringend aufgefordert werden, ihren Einfluß dahin zu benutzen, daß die Haltung der deutschen Sozialisten besser umschrieben werde.“

Ukrainische Handelsverträge.

WTB. Kiew, 19. September. Im Handelsministerium gehen laut Zeitungsnachrichten Vorbereitungen für Handelsverträge mit Georgien, Polen, Finnland und Weißrußland vor sich.

Die ukrainische Amtssprache.

WTB. Kiew, 19. September. Ein Erlaß des Ministers für die Post- und Telegraphenverwaltung führt an, daß die ukrainische die alleinige Amtssprache und überall in Amtspflichten allen anzuwenden werden müsse. Alle Beamten müssen das Ukrainische erlernen. Der Erlaß ist um so beachtlicher, als gerade in letzter Zeit eine heftige Kampagne für die Einführung des Russischen als gleichberechtigte Amtssprache geführt wurde.

Deutsches Reich.

Bessere Bekleidung und Erhöhung an Geldbesitzen für langgediente Unteroffiziere und Mannschaften.

An den Chef des Generalstabes des Heeres hatte der Reichsausschuss für den 1. März 1918 die Bitte gerichtet, daß für Unteroffiziere und Mannschaften nach längerer Dienstzeit die Bekleidungsverhältnisse verbessert und ihre Gehälter erhöht werden müßten. Alle Beamten müssen das Ukrainische erlernen. Der Erlaß ist um so beachtlicher, als gerade in letzter Zeit eine heftige Kampagne für die Einführung des Russischen als gleichberechtigte Amtssprache geführt wurde.

Ich stimme dem in ihm niederelegten Gedanken, unseren Unteroffizieren und langgedienten Mannschaften an der Front durch bessere Bekleidung und Zuzugabe von Bekleidungsgegenständen eine Anerkennung für ihre treuen Dienste und Aufmunterung zu geben, in jeder Beziehung zu. Ich habe daher Euer Hochwohlgeboren Schreiben unter Befürwortung dem Kriegsministerium zugeleitet.“

Glückliche Pfalz!

Aus einem Briefe eines Schleifhändlers.

Dem in Randou in der Rheinpfalz erscheinenden „Rheinpfälzer“ wird folgender Brief eines Schleifhändlers zur Verfügung gestellt, der wörtlich lautet: „Hochgeehrter Herr! Es tut mir sehr leid, daß ich diese Woche nichts habe schicken können, war nämlich in Karlsruhe 5 Tage bei meiner Schwester. Ich komme bis Donnerstag, 22. d. M., morgens 7 1/2 Uhr mit meinem Fuhrwerk nach ... und nehme folgendes von zu Hause mit: 2 Zentner Weizen 1. Klasse für Saat . . . 100 Mk. 20 Pfund Butter, Süßrahm . . . 200 Mk. 120 Hühnerfleisch . . . 120 Mk. 60 Enteneier . . . 60 Mk. 4 Zentner Frühkartoffeln . . . 60 Mk. 70 Pfund Schweinefleisch . . . 280 Mk. 120 Pfund Weizenmehl . . . 70 Mk. Sa. 800 Mk.“

Richten Sie mir für 1000 Mk. Wein, daß ich ihn zugleich wieder mitnehmen kann; ich habe sonst noch Verschleißens, wo ich nicht schreiben kann. „Höflichkeit“ (Unterstützung). In Groß-Werlin, wo die Butter „hinterherum“ mit 25 Mk. das Schweinefleisch mit 16 Mk. das Weizenmehl mit 4-6 Mk. bezahlt werden, die Frühkartoffeln so lange zu Höchstpreisen 15 Mk. im Schleifhandel aber das Doppelte und mehr kosteten, wird man mit Wein von diesen billigen Schleifhandelspreisen in der pfälzischen Pfalz leben.

Ausland.

Eine außerordentliche türkische Gesandtschaft in Wien. Wien, 19. September. In der vergangenen Nacht ist aus Berlin die außerordentliche türkische Gesandtschaft einetroffen, die dem Kaiser die Thronbesteigung des Sultans notifizieren wird. Die Herren sind in der Dobruja abgetrieben.

Halle und Umgebung.

Halle, den 20. September 1918.

Das Nachschubverbot.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien zugegangen. Er bestimmt grundsätzlich:

In allen gewerblichen Bäckereien und Konditoreien müssen an den Werktagen alle Arbeiter mindestens von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens vollständig zu ruhen. In der gleichen Zeit müssen in Gast- und Schenkwirtschaften, Speiseanstalten aller Art (Pensionen, Heilanstalten, Fabrikantinnen), Warenhäusern, Mühlen und anderen gewerblichen Betrieben alle Arbeiter und Vorarbeiten ruhen, die vom Herstellen von Bäckereis- und Konditorwaren dienen; dies gilt auch für Bahnhofswirtschaften.

In den Anlagen, in denen die regelmäßige tägliche Arbeitszeit der Gesellen, Lehrlinge und sonstigen gewerblichen Arbeiter acht Stunden ausschließlich der Pausen nicht überschreitet, kann die in Abs. 1 und 2 bezeichnete Ruhezeit um 10 Uhr abends beginnen und auf acht Stunden verkürzt werden.

Zu den gewerblichen Bäckereien und Konditoreien im Sinne dieses Gesetzes gehören auch die Bäckereien und Konditoreien von Konsum- und anderen Vereinen.

An Sonn- und Festtagen darf in Bäckereien und Konditoreien höchstens von 5 bis 9 Uhr vormittags gearbeitet werden. Außerdem dürfen nach 6 Uhr abends — an zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden Sonntagen und Festtagen nur am zweiten Tage nach 6 Uhr abends — während 1 Stunde Arbeiten vorgenommen werden, die zur Wiederaufnahme des regelmäßigen Betriebes am folgenden Werktag notwendig sind. Von drei unmittelbar aufeinanderfolgenden Sonntagen und Festtagen gilt der dritte Tag als Werktag.

Die Behörden können die Arbeit an Sonn- und Festtagen noch weiter einschränken, andererseits auch in Notfällen oder im öffentlichen Interesse das Arbeiten während der gesetzlichen Aufgehens gestatten.

In der Verordnung wird darauf verwiesen, daß durch die seit drei Jahren in Geltung befindliche Verordnung des Bundesrats vom 15. Januar 1915 der Beweis erbracht sei, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Backwaren in Frage zu stellen.

Wo bleibt die Butter?

In Bayern beschließt man sich jetzt sehr eingehend mit der Frage, wo eigentlich die Butter bleibt, die bei den reichen Viehhältern da sein müßte, aber eben nicht da ist. d. h. nicht abgeliefert wird. Bei den Erhebungen kommen nur die bayerischen Bayern recht schlecht weg. Bei der Viehhaltung in Bayern sind in einzelnen Distrikten etwa 200 Millionen Kühe angeblich vorhanden, denen aber in der Milchlieferungsliste nur etwa 50 gegenübertreten. Landwirte mit großem Viehhofstand geben nur die Hälfte bzw. zwei Drittel der Milchfläche an, der Ertrag der übrigen wird aber im Schleifhandel oder an die Sammler verkauft. Die Butter aber verkauft der Bauer nicht nur dem Schleifhändler, sondern er fragt ihn geradezu: Was gibst du mir dafür? An landwirtschaftlichen Bedarfsgenständen wird jetzt Leuchtöl, wie Petroleum, Benzin usw. begehrt, ebenso Betriebsstoffe. Alles, was den Städtern mangelt, vom Kohlenfasse und Tabak an bis zu Kleiderstoffen, Leder, Weinwand u. a. wird vom Schleifhändler gebracht. Der Bauer entbehrt selbst durchaus nichts. Man ist jetzt sogar dazu übergegangen, die Gemeindegassen nicht mehr zu verpacken, sondern selbst zu tragen. Der Bauer hat also nicht nur kein Vieh, sondern Jagen, Nebhuhn oder gar Rebhuhn im Topf. Jetzt will die Landesregierung in gewissen Bezirken die Milchfläche und die Milchlieferung von Fall zu Fall gegebenenfalls durch Zwangsmaßnahmen überhand. Die bayerischen Bauern freilich wissen, daß mit dem Zwang bei ihnen der Mangel der Sammler Herr von Brettreich bleibt bei einer Verarmung in München ausdrücklich versichert hat.

Preise für Margarine.

Der Vertrieb der Margarine an das Publikum hat den Kommunalverbänden, insbesondere den Städten mit großer Einwohnerzahl, bisher deshalb besondere und steigende Kosten verursacht, weil nicht, wie bei anderen Nahrungsmitteln, die gesetzliche Möglichkeit gegeben war, die durch die Verteilung an die Groß- und Kleinhändler und den Verkauf durch diese an die Bevölkerung entstehenden Kosten durch ausreichende Zuschläge zu dem Herstellerpreise zu decken. Wiederholt zum Ausdruck gebrachten Beschwerden und Wünschen trägt eine jetzt erlassene Verordnung des Staatssekretärs des Reichsausschusses Rechnung, wodurch für die Margarine hinsichtlich der Zulassung für die Kommunalverbände, Gemeinden, den Groß- und Kleinhändler nunmehr jezt ab die gleichen Vorschriften wie bei der Butter gelten sollen. Bei der zunehmenden Knappheit an Butter wird die Margarine für die Vervollständigung der Bevölkerung wachsende Bedeutung gewinnen, da sie an Stelle der fehlenden Butter zur Verteilung gelangen wird. Die Steigerung der Delgerzeugung, insbesondere aus dem heimischen Desfruchtanbau, ermöglicht glücklicherweise eine vermehrte Fabrikation von Margarine. Ob und inwieweit der bisherige, im Verhältnis zu anderen Nahrungsmitteln sehr niedrige Preis der Margarine wird beibehalten werden können, ist eine Frage, die jetzt noch nicht zweifelhaft ist. Sie wird erst entschieden werden können, wenn das Ergebnis der diesjährigen Desfruchtenernte und ihre Verwendung sich mit Bestimmtheit übersehen läßt.

Das Emilienheim.

Säuglingsheim der städtischen Bethede-Dehmann-Stiftung in Halle Giebichensteiner Straße 6, ist vom Minister des Innern als Säuglingsheim des Reichsausschusses für die Säuglingsheimprüfungen als Prüfungsort für die im Sinne des § 2 der Vorschriften über die staatliche Prüfung von Säuglingspflegerinnen anerkannt worden. Danach können Pflegerinnen, die an einem halbjährigen, zusammenhängenden Verlaufe in einer halbtägig anerkannten Krankenpflegeschule teilgenommen haben und sich dem Besuche als Säuglingspflegerinnen zuwenden wollen, die Ausbildung nunmehr und nach Ablegung der vorchriftsmäßigen Prüfung den Ausweis als staatlich geprüfte Säuglingspflegerin im Emilienheim erhalten. Auskunft über die Bedingungen der Aufnahme erteilt das Emilienheim, das — 1918/17 neu errichtet — seit seiner multergünstigen Einrichtungen in städtischer Verwaltung steht.

Die neuen Briefmarken werden noch nicht ausgegeben. Die neuen Postwertzeichen kommen noch nicht zur Ausgabe. Die Reichsdruckerei ist zwar mit der Vorbereitung zur Herstellung von Briefmarken zu 35 Pf. und 75 Pf. beschäftigt. Ferner werden Postmarken mit Antwort zu 10 Pf. für das Ausland, Postmarken zu 15 Pf. und 25 Pf. für die heimischen Briefschaften hergestellt. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß das Publikum mit Vorliebe die neuen Wertzeichen bezieht, so daß die alten liegen bleiben. Zur Erparnis von Papier und Arbeit istfen deshalb die älteren Marken zuerst aufgebraucht worden. Es geschieht dies mit den Briefmarken, die abgekauft werden, zu 30, 50 und 60 Pf.

Geliefert wurden: am 8. 9. eine goldene Damen-Remonteur-Uhr Nr. 10 245; vom 9. zum 10. ein roter Wälderbogen, 3x3 M groß, mit eisernen Ringen; am 10. 9. ein Damenselbsttragen, Rotfuchs, mit Schwan, vorn mit Knopfschloß; am 11. 9. ein glatter brauner Wälder-Sommermantel mit braunem Futter, ein langes hellbraunes Wälderminuet mit hellbraunem Futter und grauen Knöpfen; am 14. 9. ein grauweißer Wälderhemd, eine Butter, mit Gürtel und schwarzen Kugelhörnchen; ein goldener Ring mit einem Brillant; am 15. 9. eine rotgoldene Damen-Remonteur-Uhr, glatter Wälder mit Namensschildchen, welches Silberblatt, römische Zahlen, schwarze Zeiger; 1 goldener Damenering mit 2 Brillanten und 2 Rubinen; 1 goldener Damenering mit 5 erhabenen römischen Ziffern und Brillantsteinen; 1 gold. Trauring, ges. M. 3. R. D. 18. 5. 1007; 1 kleiner goldener Damenering mit einem rundschliffenen Granat, an beiden Seiten je eine kleine weiße Perle, flach gelast; 1 goldener Damenering mit Brillantsteinen rotelastet in Silber gelast; 1 schmaler goldener Damenering mit 2 Rubinen, kostlicher 3 Rubine Brillanten; 1 gelochene goldene Vase halbesetzt mit Federzier; 1 tulartische Herren-Remonteur-Uhr, der Rubineblau humeraria aradiert, das Silberblatt mit einem Sprung; 1 kleine Wälderuhr mit Nadelgehäuse; am 16. 9. zwei weiße Decktisch- und 4 Kaffeebecken; 2 verschiedene Bettdecken, eine 3 Bund weißer Sanduhren, flämisch gelast, 6. 9.; eine 3 Bund weißer und bunte Tafeldecken, am Teil ges. „E.“; 3 1/2 exzentr. Rosenkorn; ein schwarzgraue Vögelbelegener; 2 Paar fast neue gelbe und schwarze Herren-Hülfen.

Provinzial-Nachrichten.

Die Müllungsarbeiter und die Ernährung.

In der letzten Stadtbürgerdienstung zu Weihenfels erfuhr die Ernährungsfrage in Weihenfels durch die Eingabe des Gewerkschaftsrats an den Magistrat eine eingehende Klarstellung. Die sozialdemokratischen Stadtbürgerordneten Kahlisch und Dehner übten scharf, aber sachliche Kritik an den bestehenden Inzulassungsstellen, vor allem aber an dem Umfang, der mit der Bezeichnung „Schwerarbeiter“ getrieben wird, und mit der ungeradezeitigen Versorgung der Müllungsarbeiter. Arbeiter auf Kosten der übrigen Arbeiterschaft und Bevölkerung. Nach den Feststellungen sollen einzelne Müllungsarbeiter geradezu in Lebensnot geraten. In Letztem soll die Müllung verteilt werden sein, daß die Leute hier auf ein ganzes Vierteljahr damit verfassung, Handel, damit trieben und sogar — Schmeide damit fütterten. Inwiefern diese Angaben zutreffen, wird in die von den zuständigen Behörden in Angriff genommene Untersuchung der Zukunft ergeben. Doch es gerade Vertreter der Arbeiterschaft sind, die gegen die einseitige Versorgung der Müllungsindustrie einen gerechten Ausgleich verlangen, wird öffentlich zu einer gründlichen Mitteilung der Müllungsbehörde. Die beiden sozialdemokratischen Stadtbürgerordneten betont ausdrücklich, daß sie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung alles tun, was geschähen könne. Sie stehen aber auch keinen Zweifel über den Ernst der Lage, die entstehen könne, wenn die vorhandenen Mängel nicht beseitigt würden.

Quersper, 19. Sept. (Kohlenlieferung.) Wie der Verband bekannt macht, hat der Reichsausschuss für die Kohlenverteilung dem Kreise Quersper, weil dieser angeblich das an ihn entfallene Kohlenquantum bereits im direkten Verkauf erhalten habe, bis auf weiteres die Zugangsliste für den Bezug von Kohlen mit der Eisenbahn gesperrt; es können daher vorläufig Kohlenzugangsliste zum Bezug mit der Eisenbahn für Hausbrandzwecke nicht

